



Medienmitteilung

Datum: 29. August 2012 – Nr. 49
Sperrfrist: keine

Versuchsweise Einführung von E-Voting für Auslandschweizer Stimmberechtigte

Der Regierungsrat befürwortet die versuchsweise Einführung von E-Voting für Auslandschweizer Stimmberechtigte im Kanton Obwalden. Er hat die Staatskanzlei ermächtigt, Vertragsverhandlungen mit dem Kanton Genf aufzunehmen. Ziel ist der Abschluss eines sogenannten Beherbergungsvertrags, der es dem Kanton Obwalden erlaubt, das Genfer E-Voting System mit zu nutzen und so wertvolle Erfahrungen mit dem System der elektronischen Stimmabgabe zu sammeln. Die Kantone Basel-Stadt, Bern und Luzern nutzen bereits das Genfer E-Voting System und haben damit erfolgreich Abstimmungen durchgeführt. Mit dem ersten Pilotversuch im Kanton Obwalden soll im Jahr 2013 gestartet werden.

Die Einführung von E-Voting gehört zu den prioritären E-Government-Vorhaben von Bund und Kantonen. Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind die primäre Zielgruppe. Sie haben den grössten Nutzen von einer elektronischen Stimmabgabe. Erklärtes Ziel des Bundes ist es, dass ab 2015 die Mehrheit der Auslandschweizer Stimmberechtigten elektronisch an eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen teilnehmen kann.

Im Rahmen einer engen Zusammenarbeit möchte der Kanton Obwalden das Projekt gemeinsam mit dem Kanton Uri angehen und so Kosten und Personalaufwand optimieren. Der Regierungsrat des Kantons Uri hat im Juli 2012 einen entsprechenden Grundsatzentscheid gefällt.

Den im Kanton Obwalden gemeldeten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern soll in einem ersten Schritt die Möglichkeit gegeben werden, bei eidgenössischen Abstimmungen elektronisch abzustimmen. Das setzt voraus, dass die Stimmregister für die Auslandschweizer Stimmberechtigten zentralisiert werden. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind in der Abstimmungsgesetzgebung enthalten. Vorgängig sollen die Gemeinden angehört werden.

Nach Abschluss des Beherbergungsvertrages mit dem Kanton Genf ist schliesslich der Bundeskanzlei ein Gesuch für die Durchführung eines Versuchs mit E-Voting einzureichen. Der erste Pilotversuch soll dann im Jahr 2013 gestartet werden.